Niederschrift RAT/019/2017

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Rheine am 04.04.2017

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Peter Lüttmann Bürgermeister

Mitglieder des Rates:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Beckmann	CDU	ab TOP 6 - 17:10 Uhr
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Frau Sarah Böhme	SPD	Ratsmitglied
Frau Elke Bolte	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Gerhard Cosse	SPD	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Nina Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Dennis Kahle	CDU	Ratsmitglied

Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	UWG	Ratsmitglied

Herr Siegfried Mau BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab TOP 4 - 17:05 Uhr

Herr Rainer Ortel UWG Ratsmitglied Frau Birgitt Overesch **CDU** Ratsmitglied Herr Kurt Radau BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied Frau Claudia Reinke CDU Ratsmitglied BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Michael Reiske Ratsmitglied Herr Mirko Remke **CDU** Ratsmitglied Herr Heribert Röder DIE LINKE Ratsmitglied Herr Jürgen Roscher **SPD** Ratsmitglied Frau Ulrike Stockel **SPD** Ratsmitglied Herr Friedrich Theismann **CDU** Ratsmitglied Herr Detlef Weßling **SPD** Ratsmitglied Frau Helena Willers CDU Ratsmitglied Herr Josef Wilp CDU Ratsmitglied

Gäste:

Herr Dr. Manfred Janssen

Geschäftsführer EWG
Rheine

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel Erster Beigeordneter

und Stadtkämmerer

Herr Raimund Gausmann Beigeordneter Frau Christine Karasch Beigeordnete

Herr Jürgen Grimberg

Herr Mark Dieckmann

Herr Tim Reuter

Leiter Fachbereich 7

ab TOP 7 - 17:20 Uhr

(Schriftführer ab

01.05.2017)

Frau Julia Seebeck Stelly. Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder des Rates:

Frau Isabella Crisandt	SPD	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung am 14.02.2017

0:01:23

Zu Form und Inhalt der o.g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 14.02.2017 gefassten Beschlüsse

0:01:45

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien bzw. verweist auf die Hinweiszettel.

3. Informationen der Verwaltung

0:02:13

3.1. Mobile Wohneinheit an der Dionysiusstraße

Herr Gausmann berichtet, dass die mobile Wohneinheit an der Dionysiusstraße endgültig bautechnisch abgenommen wurde. Die erste Familie wird in den nächsten Tagen einziehen.

Direkt nach der Sommerpause wird für die Nachbarn eine Begehung einschließlich Besichtigung einer Musterwohnung durchgeführt. Ziel ist – wie bei allen mobilen Wohneinheiten – eine hohe Akzeptanz in der Nachbarschaft zu erreichen.

3.2. Schreiben des Landrates zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Herr Krümpel berichtet, dass mit Schreiben vom 21.03.2017 der Landrat zur Haushaltssatzung 2017 folgendes verfügt hat:

"Gegen die satzungsrechtlichen Festsetzungen erhebe ich keine kommunalaufsichtlichen Bedenken."

Herr Krümpel berichtet weiter, dass der Landrat des Kreises Steinfurt in seinem Schreiben besonders auf die finanzielle Situation der Stadt Rheine eingegangen ist und dazu Ausführungen gemacht hat, die er auszugsweise vorträgt:

"Gegenüber der Vorjahresplanung mit einem Saldo von -3,228 Mio. € hat sich die aktuelle Haushaltsplanung um 3,712 Mio. € verbessert. Die besseren Plandaten sind auf Mehrerträge von 12,733 Mio. € zurückzuführen, denen Mehraufwendungen von 9,020 Mio. € gegenüberstehen.

Die Verbesserung gegenüber der Vorjahresplanung ist insbesondere auf höhere Erträge aus Gewerbesteuern sowie aus Anteilen an der Einkommensund Umsatzsteuer zurückzuführen. Hinzu kommt eine Sonderausschüttung der TBR als Einmaleffekt. Den höheren Erträgen stehen höhere Aufwendungen, insbesondere im Bereich der Transferaufwendungen, gegenüber.

Gegenüber der Vorjahresplanung hat sich die mittelfristige Planung (im Zeitraum von 2017 bis 2019) um 3,749 Mio. € verbessert.

Mit dem Haushaltsplan 2017 gelingt es der Stadt Rheine erstmals seit Einführung des NKF, einen originär ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die 2017er Haushaltsplanung schließt jedoch nur aufgrund der Sonderausschüttung der TBR positiv ab. Dafür weist die mittelfristige Ergebnisplanung auch ohne diesen Effekt positive Ergebnisse aus. Nun gilt es die enormen Eigenkapitalverluste der vergangenen Jahre (2006-2015) von insgesamt 105,115 Mio. € wieder aufzuholen. Mit der Fortführung und Weiterentwicklung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen leisten Sie hier einen wirksamen Beitrag."

4. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Rheine bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr Vorlage: 059/17

0:05:04

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die als Anlage 1 der Vorlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Rheine bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Rheine.

5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Rheine Vorlage: 071/17

0:05:51

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Rheine.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig

- 6. Neufassung von Satzungen
 - Markt- und Volksfestsatzung der Stadt Rheine
 - Satzung über die Erhebung von Marktstandgeld und Platzgebühren auf der Kirmes sowie bei sonstigen Veranstaltungen der Stadt Rheine

Vorlage: 028/17/1

0:06:28

Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass in § 6 der Satzung über die Erhebung von Marktstandgeld und Platzgebühren auf der Kirmes sowie bei sonstigen Veranstaltungen in der Stadt Rheine (redaktionelle) Ergänzungen vorzunehmen seien, damit die Regelungen eindeutig seien. Ohne die Ergänzungen könne es zu Missverständnissen bei der Gebührenhöhe kommen.

Folgende Änderungen werden genannt:

§ 6 Satz 1 ist wie folgt zu ergänzen:

"Für die Überlassung von Standplätzen anlässlich der Kirmessen ergeben sich folgende Gebühren pro Quadratmeter".

Außerdem müssen bei Staffelpreisen z.B. unter § 6 b) folgende Ergänzungen vorgenommen werden:

"Feilbieten alkoholischer Getränke (d.h. Bierwagen, Ausschankwagen, Bierzelte)

für den 1. bis 25. gm [...]

für den 26. bis 50. Om [...]

für den 51. bis 100. Qm [...]" usw.

Dies gilt auch für § 6 e) und f).

Herr Dr. Lüttmann nimmt die Hinweise von Herrn Doerenkamp dankend an und ergänzt den Beschlussvorschlag entsprechend.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt,

- die als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügte Satzung "Markt- und Volksfestsatzung in der Stadt Rheine" und
- die als Anlage 2 dieser Vorlage beigefügte "Satzung über die Erhebung von Marktstandgeld und Platzgebühren auf der Kirmes sowie bei sonstigen Veranstaltungen in der Stadt Rheine" nach Einarbeitung der vorgebrachten Ergänzungen

zu beschließen sowie

 die bisherigen Satzungen "Marktsatzung", "Erhebung von Marktstandsgeld" und "Platzgebühren auf der Kirmes"

aufzuheben.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> 39 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen

7. Standortfrage Marktdurchführung Vorlage: 110/17

0:10:30

Herr Dr. Lüttmann macht darauf aufmerksam, dass der Beschlussvorschlag dahingehend redaktionell geändert werden muss, dass nicht der Haupt- und Finanzausschuss, sondern der Rat der Stadt Rheine den Beschluss vom 28.08.2013 bekräftigt.

Herr Dr. Lüttmann erläutert ferner die Hintergründe der Beschlussvorlage. Hierbei nimmt er Bezug auf den Antrag der IG Marktplatz und angrenzende Straßen vom 12.12.2016 (Anlage 3 der Vorlage) und berichtet über den breiten Beteiligungsprozess und der vorgenommenen Interessenabwägung, die zu dem Beschlussvorschlag geführt hat.

Herr Ortel beantragt, dass der Beschlussvorschlag dahingehend geändert wird, dass nicht ab dem Monat Mai 2017, sondern ab dem 11. April 2017 dem Antrag der IG Marktplatz entsprochen wird.

Frau Karasch nimmt Bezug auf die vorgeschlagene Beschlussänderung und erläutert, warum eine frühere Verlegung des Marktes auf den Marktplatz aus Sicht der Verwaltung nicht möglich sei.

Herr Hachmann weist darauf hin, dass Schilder und Hinweistafeln insbesondere auf den Laufwegen aufgestellt bzw. angebracht werden sollten, die auf den Markt hinweisen. Er regt ferner an, dass nach der Verlegung des Marktes eine erneute Kundenbefragung stattfinden sollte.

Herr Reiske erklärt, dass der Markt ein Teil der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte ist und auf den Marktplatz gehöre. Ferner macht Herr Reiske auf die Konkurrenz durch Lebensmitteldiscounter aufmerksam und wünscht daher eine Aufwertung des Marktes und Öffnung für neue Produkte und Marktbeschicker.

Daraufhin stellt Herr Dr. Lüttmann den von Herrn Ortel vorgetragenen Änderungsantrag zur Abstimmung.

Dieser wird mit 38 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und bei 1 Stimmenenthaltung abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine bekräftigt den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.08.2013, dass der Standort des Wochenmarktes der Marktplatz ist.

Ab dem Monat Mai 2017 soll dem Antrag der IG Marktplatz entsprochen und der Wochenmarkt mit der neuen Standordnung an allen drei Markttagen auf den Marktplatz zurück verlegt werden.

Auf den Standort ist durch geeignete ggf. auch großformatige Bewerbung jeweils hinzuweisen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine übergreifende Arbeitsgruppe zu initiieren, die für den Zeitpunkt der Wiederinbetriebnahme des Marktplatzes nach Fertigstellung der Bauarbeiten Ende 2019 ein Konzept für eine moderne, attraktive Gestaltung des Marktgeschehens auf dem Markplatzes entwickelt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> 39 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen

8. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses - Vertreter der Arbeitsverwaltung
Vorlage: 091/17

0:33:13

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die folgende von der Agentur für Arbeit mitgeteilte Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine zur Kenntnis:

Beratendes Mitglied:

Herr Norbert Ortmeyer, Dutumer Str. 5, 48431 Rheine, anstelle von Herrn Sönke Delarue.

Persönlicher Vertreter:

Herr Reinhard Greß, Weberstr. 5, 49477 Ibbenbüren, anstelle von Herrn Thomas Berning.

9. Nachbenennung eines Mitgliedes des Stadtteilbeirates Gellendorf/Südesch Vorlage: 109/17

0:35:01

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine wählt gem. Ziffer 2 der Verfahrensregelungen für die Stadtteilbeiräte für die Dauer der Wahlzeit des Rates

Herrn André Nitschke, Aloysiusstraße 120, 48429 Rheine,

als neues Mitglied für den Stadtteilbeirat Gellendorf/Südesch.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig

10. Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 Vorlage: 112/17

0:35:36

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 zur Kenntnis und leitet ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weiter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine GmbH - Zuführung zur Kapitalrücklage Vorlage: 111/17

0:37:14

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt gemäß § 272 Abs. 2 Ziff. 4 HGB der Kapitalrücklage der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH einen Betrag in Höhe von 1,0 Mio. Euro zuzuführen.

12. Bebauungsplan Nr. 297,

Kennwort: "Zum Hermannsweg -Elte", der Stadt Rheine

- II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz
- III. Änderungsbeschluss gem. § 4a Abs. 3 BauGB
- IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Vorlage: 093/17

0:37:45

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB (s. Vorlage Nr. 005/16) und § 3 Abs. 2 sowie § 4 Abs. 2 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig

III. Änderungsbeschluss gem. § 4a Abs. 3 BauGB

Durch Ergänzungen der Artenschutzrechtlichen Prüfung wurde eine zusätzliche textliche Festsetzung über eine durchzuführende Baumkontrolle bei Fällung (Nr. 11.2) in den Bebauungsplan aufgenommen. Weiterhin haben sich die zu kompensierenden ökologischen Werteinheiten – bilanziert im Umweltbericht S. 22- auf 1.544 reduziert.

Es wird festgestellt, dass durch die beschriebenen Änderungen die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und der betroffene Eigentümer diesen Änderungen zugestimmt hat.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die oben beschriebenen Änderungen des Entwurfes des Bebauungsplanes sowie des Umweltberichtes nach den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentlichkeit) und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange).

IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung wird der Bebauungsplan Nr. 297, Kennwort: "Zum Hermannsweg - Elte", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Es wird festgestellt, dass der Bebauungsplan Nr. 297, Kennwort: "Zum Hermannsweg - Elte ", der Stadt Rheine aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig

13. Haushaltsmittel "Barrierefreiheit" - Mittelverwendung 2016 Vorlage: 094/17/1

0:39:20

Herr Berardis berichtet von der vorausgegangenen Beratung im Sozialausschuss.

Frau Overesch erläutert, warum für eine Maßnahme nicht bereits im Sozialausschuss ein Beschluss gefasst werden konnte und eine Vertagung auf den Rat erforderlich war.

Nach mehreren Wortbeiträgen stellt Herr Ortel gemäß § 13 der Geschäftsordnung einen Antrag auf Schluss der Aussprache.

Daraufhin stellt Herr Dr. Lüttmann den von Herrn Ortel vorgetragenen Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung.

Dieser wird mit 33 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich genehmigt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf der Grundlage der durch die Arbeitsgruppe "Barrierefreiheit" erstellten Prioritätenliste, die zur Verfügung stehenden Resthaushaltsmittel aus Vorjahren in Höhe von rd. 151.000,00 € und die Haushaltsmittel 2016 in Höhe von 90.0000 €, somit insgesamt 241.000 € neben den bereits im Sozialausschuss beschlossenen Maßnahmen (Kreuzung Lindenstraße/Bahnhofstraße = 105.000 € und Funk-Höranlage für Personen = 10.000 €) wie folgt einzusetzen:

Kinderschutzbund

Barrierefreier Zugang mit Lift zum Gebäude Thiemauer 45 und ein behindertengerechten WC

115.000,00 €

14. Entwicklung ombudschaftlicher Strukturen in Rheine und im Kreis Steinfurt / 1. Ergänzung Vorlage: 036/17/1

0:49:00

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses, sich an einer unabhängigen, regionalen Ombudstelle zu beteiligen und Mitglied in dem zu gründenden Verein "Ombudschaft Jugendhilfe im Kreis Steinfurt e. V." zu werden.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> 39 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenenthaltungen

15. Einwohnerfragestunde

0:52:37

Keine Wortmeldungen.

16. Anfragen und Anregungen

0:52:56

16.1. Dienstverrichtungsraum für die Bundespolizei

Herr Mau fragt nach dem Sachstand zu einem Antrag über einen Dienstverrichtungsraum für die Bundespolizei im Bahnhof. Herr Dr. Lüttmann berichtet von einer ablehnenden Antwort des Innenministeriums.

16.2. Aufwertung der Beschilderung über Städtepartnerschaften

Herr Hachmann weist auf den eingebrachten Antrag (Anlage 1 zu dieser Niederschrift) zur Aufwertung der Beschilderung für die Städtepartnerschaften an den Ortseinfahrten hin und ergänzt diesen Antrag dahingehend, dass auch die Beschilderungen der Plätze, die nach den jeweiligen Städtepartnern benannt sind, aufgewertet werden sollen.

Herr Dr. Lüttmann sagt zu, dass von der Verwaltung ein Konzept erstellt wird und der Antrag im Rahmen der Haushaltsplanberatung im Haupt- und Finanzausschuss beraten wird.

16.3. Bäderbedarfskonzept – Befragung der Schwimmvereine

Herr Remke berichtet, dass er gefragt wurde, wann die Schwimmvereine zum Bäderbedarf konkret befragt werden.

Herr Dr. Lüttmann erläutert, dass die Schwimmvereine bereits entsprechend befragt wurden. Eine Mitteilung über den genauen Zeitpunkt der Befragung wird nachgereicht.

Herr Kleene berichtet, dass er vom Schwimmverein angesprochen wurde und die zu geringe Dauer der Befragung bemängelt wurde.

Herr Dr. Lüttmann erläutert, dass im weiteren Verlauf des Prozesses weitere Gespräche mit den Schwimmvereinen, Schulen etc. geführt werden.

16.4. Sitzgelegenheiten am Busbahnhof

Herr Cosse regt an, weitere Sitzgelegenheiten am Busbahnhof bereitzustellen. Herr Dr. Lüttmann sagt zu, die Situation weiter zu beobachten und ggf. weitere Bänke aufzustellen.

16.5. Steigerung der Orientierung am Busbahnhof

Herr Wesseling regt an, dass die Busse bereits bei Ankunft am Busbahnhof die neue Linie anzeigen sollten, um den Wartenden eine bessere und schnellere Orientierung zu bieten.

Herr Dr. Lüttmann wird den Hinweis an die Verkehrsbetriebe weiterleiten.

Ende des öffentlichen Teils:	18:03 Uhr	
Dr. Peter Lüttmann	Julia Seebeck	
Bürgermeister	Schriftführerin	